Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 70 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,40 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. zuzügl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 21601, Fernverkehr 27961–27963 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: 219361 – 219366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 250 × Montag, 25. Oktober 1937 45. Jahrgang

Prag wünscht keine objektive Untersuchung

Eine Erklärung der tschechoslowakischen Regierung zum Teplitzer Zwischenfall – Die Schlußkundgebung der Gauarbeitstagung in Leipzig

Unerhörte Verdrehungen

Die sudetendeutschen Abgeordneten sollen schuld sein

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 25. Oktober

Ueber den Rundfunk und die halbamtliche „Prager Presse" hat die tschechoslowakische Regierung nunmehr eine Stellungnahme zu dem Teplitzer Zwischenfall veröffentlicht. Diese Erklärung ist charakteristisch für die Verwirrung, mit der die verantwortlichen Prager Stellen der Affäre gegenüberstehen. Sie ist aber auch bezeichnend für die Verschleierungstaktik, die Prag von Anfang an in diesem Fall angewandt hat.

Die Regierung erklärt wörtlich: „Ueber den Zwischenfall von Teplitz sind die administrativen Verhandlungen abgeschlossen. Aus Gründen der parlamentarischen Demokratie legt die Regierung auf folgende zwei Umstände Gewicht: Erstens darauf, gründlich zu erheben, ob bei dem Krawall Abgeordnete tätlich angegriffen worden sind; zweitens auf die Feststellung, ob an dem Zwischenfall nicht gerade Abgeordnete als Ruhestörer eine Rolle gespielt haben."

Die Erklärung besagt also nicht mehr und nicht minder, als daß Prag die Schuld an den Zwischenfällen von Teplitz den sudetendeutschen Abgeordneten zuschieben will. Es wird sogar von einem „Vorwahlscharmützel allzu temperamentvoller Abgeordneter" gesprochen. Die Regierung bemüht sich überhaupt nicht um eine objektive Untersuchung des Vorgangs. Sie bezeichnet im Gegenteil von vornherein die Abgeordneten als Urheber des Zusammenstoßes. Eine solche Methode ist kennzeichnend für die „demokratische" Einstellung, die man in Prag der Angelegenheit gegenüber einnimmt. Damit aber noch nicht genug. Die Regierung versteigt sich sogar zu der Behauptung, der Zwischenfall sei ganz bewußt aufgebauscht worden und es bleibe lediglich die Frage der Abgeordnetenimmunität noch zu prüfen.

Der parlamentarische Dreh

Mit dieser Behauptung hat sie auch in der Tat den parlamentarischen Dreh gefunden, um den Fall Teplitz aus der Rechtssphäre, wohin er ganz klar gehört, in dieses Parlament zu verlegen. Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses soll die Frage prüfen, ob die Abgeordnetenimmunität beim Zwischenfall von Teplitz verletzt worden ist. Es liegen genug Beweise vor, die diese Frage eindeutig beantworten. Die Regierung nimmt jedoch keine Kenntnis davon.

Die Ueberweisung an den Immunitätsausschuß hat ja auch einen ganz bestimmten Zweck. Die Sudetendeutsche Partei steht im Abgeordnetenhaus als Minderheit der sich aus allen übrigen Parteien zusammensetzenden Mehrheit ihrer Gegner gegenüber. Ueber den Spruch, den diese Mehrheit fällen wird, dürfte also wohl kaum ein Zweifel bestehen. Er wird einhellig gegen die sudetendeutschen Abgeordneten ausfallen. Das weiß die Prager Regierung ganz genau, und darum die Verweisung des Falles an das Parlament unter Ausschaltung des vor allem zuständigen Gerichtshofes.

Wir haben es also mit einem glatten Rechtsbruch zu tun. Ja sogar mit einer Annullierung der verfassungsmäßig niedergelegten Rechte, die angeblich in der „freien tschechoslowakischen Demokratie" jedem Staatsbürger zustehen.

Die Verhinderung der Gemeindewahlen

Prag geht sogar noch weiter. Die Regierung hat es fertiggebracht, die Begründung zur Verhinderung der Gemeindewahlen aus dem Teplitzer Zwischenfall zu ziehen. Allerdings ist diese Begründung mehr als eigengartig und widerspricht allen Anschauungen, die man sich von einer demokratischen Verfassung macht. In ihrer Erklärung betont die Regierung nämlich, „daß der nichtpolitische Charakter der Gemeindewahlen unter allen Umständen gewahrt werden müsse und nicht zugelassen werden könne, daß unpolitische Wahlen nach Aufnahme der Wahlkampagne von einer oppositionellen Partei zu politischen Zwecken ausgeschlachtet werden".

Wir brauchen der Prager Regierung zur Widerlegung dieser so seltsamen Behauptung nur den Verlauf der erst vor acht Tagen stattgefundenen Gemeindewahlen in Freyleich gegenüberhalten. In der ganzen Welt sind diese Wahlen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Niemand kam auf den Gedanken, sie als „unpolitisch" zu bezeichnen. Im Gegenteil, man zog daraus die Schlußfolgerungen auf die weitere innerpolitische Entwicklung.

Der Prager Regierung kommt es ja bei dieser Abstempelung der Gemeindewahlen zu einem unpolitischen Ereignis nur darauf an, die Sudetendeutsche Partei auszuschalten. Sie hätte allerdings besser getan, ein andres Argument zu wählen als dieses:

„Die Agitatoren der SdP. können es nur bedauern, die Mieteaden von Teplitz gewählt zu haben, weil die Sudetendeutschen in diesen Wahlen die Gelegenheit gehabt hätten, den Nachweis zu führen, ob sie überhaupt zu einer positiven Arbeit in der Gemeindeverwaltung fähig waren. Durch die Ausschreitungen politischen Gelichts, die am letzten Sonntag zum Ausbruch kamen, hat sich die Partei also selbst geschädigt."

Auf gut Deutsch heißt das also nichts andres: Wenn ihr Sudetendeutschen hübsch brav seid, dann dürft ihr euch auch durch Wahlen an der Verwaltung des Staates beteiligen. Da ihr uns aber ewige Scherereien macht — warum laßt ihr euch auch erwischen! —, so müßt ihr eben bestraft werden, und diese Strafe ist das Versagen der Wahlen.

Ein Staat, der so argumentiert, braucht sich allerdings über Kritik nicht zu wundern. Bei einer solchen Politik ist auf die Dauer nicht die Sudetendeutsche Partei der Geschädigte, sondern der tschechoslowakische Staat selbst.

Dimitroff in Paris

Die seltsamen Geschäfte des Verbandes der Freunde Sowjetrußlands

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 25. Oktober

Ministerpräsident Chautemps hielt gestern in Chateau Rouge eine große innerpolitische Rede, die vielleicht schon als Auftakt für die bevorstehende Wiedereröffnung der Herbsttagung des Parlaments gewertet werden kann. Er betonte dabei noch einmal ausdrücklich, daß seiner Meinung nach die Kantonalratswahlen ein Bekenntnis des französischen Volkes zur Politik der Pause, der Ordnung und der Stabilität gewesen seien. Die radikalsozialistische Partei sei damit erneut in ihrer Rolle als „Partei des Bürgerfriedens" bestätigt worden.

Er würde es für falsch halten, wenn jetzt die radikale Partei das Volksfront-Bündnis kündigen wollte,

denn es wäre gefährlich für den sozialen Frieden, die sozialdemokratische Partei in die Opposition zurückzuwerfen. Zum Schluß ging Chautemps in wenigen Worten zur Außenpolitik über. Dabei ist eine kleine Nuance in seinen Erklärungen zu bemerken. Er betonte nämlich besonders die Stärke des französischen Heeres und der französischen Rüstungen und fügte hinzu, daß es für Frankreich besser sei, sich auf seine eigene Kraft zu verlassen, als auf die Verträge mit andern Staaten zu bauen. Wie der „Figaro" berichtet, ist der Generalsekretär der Moskauer Komintern, der berüchtigte

Dimitroff, seit einigen Tagen in Paris.

Er hielt in Bonneuil bei Paris eine geheime Versammlung der französischen kommunistischen Parteibehörden ab. Wie der „Figaro" weiter berichtet, sei die Pariser Reise Dimitroffs wahrscheinlich als ein Anzeichen dafür zu werten, daß die kommunistische Partei nun versuchen werde, eine neue Welle sozialer und politischer Unruhen in Frankreich zu entfesseln. Schon jetzt drohen die ausschließlich unter kommunistischem Einfluß stehenden Metallarbeitergewerkschaften in Paris mit einem 24stündigen Generalstreik, der als Beginn einer allgemeinen Lohnbewegung in der französischen Industrie angesehen werden müsse. Die Polizei hat eine umfassende

Haussuchung am Sitze des „Verbandes der Freunde Sowjetrußlands"

vorgenommen und zahlreiche Schriftstücke, Namenlisten, Rundschreiben usw. beschlagnahmt. Es steht augenscheinlich fest, daß dieser Verband, der in engster Zusammenarbeit mit der Sowjetbotschaft gestanden haben dürfte, nicht nur Russen für die roskpanische Miliz angeworben und nach Spanien abgeschoben hat. Die Haussuchung soll mit der Untersuchung über den von GPU.-Agenten vorgenommenen Mord an ihrem ehemaligen Mitarbeiter Reiß zusammenhängen. Augenscheinlich führen verdächtige Spuren dieses Verbrechens zu Mitgliedern des „Verbandes der Freunde Sowjetrußlands". Es werden auch Vermutungen laut, daß der vor längerer Zeit erfolgte Diebstahl des Archives Trotzkis und die Ermordung Navaschins mit der Tätigkeit dieses Verbandes in Beziehungen gebracht werden könne.

Geringe Aussichten in London

Rom zweifelt an der Möglichkeit praktischer Ergebnisse angesichts der Sowjetpolitik

Telegramm unsres Korrespondenten

v Rom, 25. Oktober

Der Verlauf der letzten Sitzung des Londoner Nichteinmischungsausschusses hat die vorsichtige Beurteilung der Lage durch Rom vollauf gerechtfertigt, denn die Ablehnung des von allen andern Regierungen angenommenen ursprünglichen britischen Vorschlages durch den Sowjetbotschafter läßt es nach römischer Auffassung als sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß überhaupt noch ein praktisches Ergebnis erzielt werden kann. Zwar hat man in London begonnen, praktische Vorschläge für die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien auszuarbeiten, aber auch dabei haben sich sehr beträchtliche Unterschiede zwischen dem italienischen Standpunkt einerseits und den englisch-französischen Gesichtspunkten anderseits ergeben, so daß man in Rom der melancholischen Feststellung Edens, es könne noch Wochen dauern, bis eine Einigung erzielt werde, durchaus zustimmt.

Vor allem aber ist nicht anzunehmen, daß Italien, selbst wenn eine Einigung in den praktischen Durchführungsbestimmungen erreicht wird, von seiner grundsätzlichen Forderung nach einstimmiger Annahme aller Beschlüsse abgeht. Sehr mit Recht sagt man sich in Rom: Was nützen die schönsten Abmachungen, wenn die Sowjets und damit auch die roten Machthaber von Valencia sich nicht daran halten und von vornherein zu allem einfach nein sagen? Wenn also die Sowjets weiterhin jeden Einigungsversuch sabotieren und Italien an der Forderung nach Einstimmigkeit festhält, so ist allerdings nicht recht abzusehen, wie ein Abkommen erzielt werden kann.

Im Zusammenhang mit der letzten Londoner Sitzung steht die an die italienischen Botschafter in London und Paris ergangene Weisung, der englischen und der französischen Regierung noch einmal mitzuteilen, daß die Zahl der in Spanien kämpfenden italienischen Freiwilligen ungefähr 40 000 beträgt. Mit den Worten: „Wer das Gegenteil behauptet, lügt wissentlich" schließt die Mitteilung der amtlichen Nachrichtenagentur Stefani über diesen diplomatischen Schritt. Bekanntlich hat der Sowjetvertreter Maiski in der Londoner Sitzung wiederum von „hunderttausend" italienischen Freiwilligen in Spanien phantasiert. Ihm wird nun italienischerseits amtlich bescheinigt, daß er „wissentlich lügt". Im übrigen betrachtet die italienische Regierung auch diese Mitteilung als wesentlichen Beitrag zur Klärung der Freiwilligenfrage und erwartet, daß nun auch die andern Regierungen die Ziffern ihrer in Spanien auf seiten der Roten kämpfenden Untertanen angeben werden, ohne sich allerdings, wie abschließend gesagt werden muß, noch große Hoffnungen auf eine Einigung zu machen.

Im Troppauer Gefängnis gestorben

× Prag, 25. Oktober. (Durch Funkspruch)

Der Bezirksleiter der Sudetendeutschen Partei in Giehübel im Adlergebirge, Josef Kossek, der vor einiger Zeit verhaftet worden war, ist im Gefängnis in Troppau gestorben.

Im Brennspiegel

Arbeitskameraden für Deutschland

18 000 Arbeitskameraden aus Sachsen waren am Sonnabend und Sonntag in Leipzig zur Gauarbeitstagung zusammengekommen, zur Leistungsschau des 1936 Erreichten, zur Verkündung der Richtlinien für den Marsch in das neue Arbeitsjahr. Sie werden die Parole zur neuen Arbeit hinaustragen in die Tausende von sächsischen Betrieben, damit jeder Arbeitskamerad sie kennenlernt und in gleichem Schritt und Tritt marschiert in der Millionenfront des deutschen schaffenden Menschen. Denn diese Geschlossenheit ist, wie Gauleiter Mutschmann sagte, die erste und wichtigste Vorbedingung für den Erfolg des Vierjahresplans, in dessen Zeichen alle Arbeit in Deutschland steht, dessen Zielen alle deutsche Arbeit gilt.

Denn Arbeit — das ist Dienst an Deutschland. Das Wort von der „Arbeitsschlacht" hat seinen sehr tiefen Sinn. Mit seiner Arbeit erringt Deutschland seine volle Freiheit; jeder arbeitende Volksgenosse ist ein Soldat der Nation und kann von sich mit vollem Recht sagen, daß er in der Front des deutschen Freiheitskampfes steht. In der Front, die die Deutsche Arbeitsfront bildet, die Treuhänderin des deutschen schaffenden Menschen, die große Gemeinschaft der deutschen Arbeitskameraden. Eine Front aber, die diesen Namen verdient, muß einheitlich ausgerichtet sein. Eine Gemeinschaft, die dieses Namens würdig ist, muß eine geschlossene Kameradschaft sein, und über all den einzelnen Fragen steht die Idee der Einheitlichkeit und Verbundenheit in gemeinsamer Aufgabe. Einheitlich und geschlossen müssen alle marschieren, der Betriebsführer und die Gefolgschaft, der Arbeitskamerad mit dem Arbeitskamerad, die eine Organisation mit der andern. Die Deutsche Arbeitsfront, alle die Millionen, die in ihr stehen, haben den unerschütterlichen Willen zur Einheit — dafür waren die Leipziger Tage ein Zeugnis. In der Einheit wird die Aufgabe der Arbeitsfront gelöst, die im Vordergrund steht und deren Erfüllung der Beitrag der Deutschen Arbeitsfront zum Vierjahresplan ist: der Leistungswettkampf der deutschen Betriebe. Er wird die Vorbedingung geben, daß jedermann am rechten Platz steht, jeder an seinem Arbeitsplatz für Deutschland Höchstes leistet, doppelt bedeutsam in einem Gau, der wie Sachsen auf dem Weltmarkt mit fremden Wettbewerben ringen muß. Der Leistungswettkampf ist ein Großangriff in dem gewaltigen Kampfe für deutsche Freiheit, für den die sächsischen Arbeitskameraden in Leipzig die große Losung erhalten haben.

Arbeiter für den deutschen Acker!

Unter den über 6 Millionen Arbeitslosen, die Deutschland am 31. Januar 1933 hatte, zählte man 283 500 aus der Berufsgruppe Landwirtschaft. Am 31. August 1937 waren dagegen in dieser Gruppe im ganzen Deutschen Reich nur noch 4700 Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern zur Vermittlung notiert, nur wenige von diesem kleinen Ueberrest waren voll einsatzfähig. Wenn man die Zahl den über 6½ Millionen Arbeitskräften (zu etwa zwei Drittel Familienangehörige, zu einem Drittel fremde Arbeitskräfte) gegenüberstellt, die heute in der deutschen Landwirtschaft außer den Betriebsleitern, also den Bauern und Landwirten selbst, beschäftigt sind, wird das Problem restlos klar. 4700 zu 6½ Millionen! Das ist bestimmt kein Ueberrest von Arbeitslosigkeit, sondern ein Beweis stärksten Arbeitermangels, eines Arbeitermangels, der nicht allein die großen Güter, sondern auch die mittleren Betriebe, ja die kleinsten Siedler- und Häuslerstellen betrifft. 884 116 offene Stellen konnten im Rechnungsjahr 1936/37 in der Landwirtschaft nicht besetzt werden, das entspricht rund fünf Sechsteln unsrer Gesamtzahl an Arbeitslosen.

Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft ist eines der größten Hindernisse im Kampf um die Ernährungsfreiheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten, in denen man die Existenzgrundlage des deutschen Landarbeiters durch Hereinnahme von polnischen noch unterhöhlte, hat man aber jetzt gegen die Landflucht Front gemacht. Man baut Landarbeiterwohnungen, hat die soziale Stellung des Landarbeiters gehoben und ihm Möglichkeiten, selbst zu siedeln, gegeben. Heute veröffentlichen wir die neuen Maßnahmen, die für 1938 vorgesehen sind, um die Landarbeiterfrage ihrer Lösung weiter entgegenzuführen. Auch der Arbeitsdienst und die Landhilfe haben der Landarbeit neue Freunde gewonnen, und es ist zu hoffen, daß vor allem aus dem weiblichen Arbeitsdienst manche, die nun nur wenige Monate in der Landwirtschaft arbeiten, später einmal zu ihr zurückkehren. Es kann keine Rede mehr davon sein, daß Landwirtschaft ein „undankbarer Beruf" ist, wenn auch noch manches zu tun